

Haubner: Familie leistbar machen ist Aufgabe der Politik Maßnahmenkatalog von "Aktion Leben" fordert sinnvolle Schritte

Wien (OTS) - "Aktion Leben" appelliert in ihrem Maßnahmenkatalog an Kirche und Politik, gemeinsam Initiativen zu starten, um das Leben mit Kindern zu erleichtern.

"Es darf für Familien kein Nachteil sein, Kinder zu haben. Insbesondere soll die Erfüllung eines Kinderwunsches keine Frage des Geldes, also des 'sich leisten könnens' sein. 'Aktion Leben' fordert neben einer finanziellen Grundsicherung für Kinder und deren Personen die sie betreuen unter anderem eine Beratung in Schwangerschaftskonflikten. Auch soll es vielfältige Wahlmöglichkeiten für die Kinderbetreuung und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Kindern und Beruf geben", so Frauenlandesrätin Ursula Haubner, die diese Aktion auch als Bundessprecherin der initiative Freiheitliche Frauen (iFF) unterstützt.

Diese Maßnahmen sind begleitende Schritte des Kinderschecks. Der Kinderscheck selbst wäre die geforderte Grundsicherung der Familien. Für Landesrätin Haubner ist es unverständlich, warum sich SPÖ und ÖVP gegen diese sinnvolle familienpolitische Maßnahme stellen und tatenlos zusehen, wie drastisch die Geburten in Österreich zurückgehen. Mit der Einführung des Kinderschecks wird den Familien die Wahlmöglichkeit gegeben, sich eine geeignete Kinderbetreuung leisten zu können und Familie und Beruf zu vereinbaren.

"Die zukünftige Bundesregierung ist aufgefordert, endlich Schritte zu setzen, den österreichischen Familien die Angst davor zu nehmen, dass Kinder nicht leistbar sind. Deshalb wäre eine Machbarkeitsstudie des Kinderschecks für Oberösterreich - wie ich sie in einer der letzten Regierungssitzungen bereits beantragt habe - zu erstellen. Diese Studie ist auch deshalb wichtig, da laut einer Expertise des Familienministeriums der Kinderscheck ab 2002 finanzierbar ist. Wenn die Bundesländer keine guten sachlichen Grundlagen für den Kinderscheck haben, besteht die Gefahr, dass die Überschüsse des FLAF ab 2002 den Familien weggenommen und zum Stopfen der Budgetlöcher verwendet werden", begründet Haubner den Regierungsantrag. (schluss kauf)

Rückfragehinweis: Freiheitliches Pressereferat

Tel. 01/40110 5620

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0127 2000-01-04/12:39

041239 Jän 00

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000104_OTS0127